

Die Antwort ist „Bildung, Bildung, Bildung“!

Der ORF-Politikexperte und Universitätsprofessor Peter Filzmaier ist wohl der derzeit bekannteste österreichische Politikwissenschaftler. risControl sprach mit dem Politologen über die Risiken und Schwächen einer Demokratie und mögliche Lösungswege.

von Mag. Christian Sec

Wie hoch ist das Risiko, dass es unsere Demokratie in zehn oder 20 Jahren nicht mehr gibt?

Filzmaier: Stand heute ist die Demokratie nicht in ihrem Bestand bedroht, sehr wohl aber in ihrer Qualität. Die Sensibilität für demokratische Grundregeln nimmt ab. Umgekehrt nimmt die Zahl jener – und das ist belegbar – zu, die Demokratiegegner sind. Sie beläuft sich laut Studien auf rund fünf Prozent. Aber noch mehr Anlass zur Sorge ist, dass rund 25 Prozent nicht deklarierte Demokratiegegner sind, aber als Skeptiker Zweifel an der Demokratie äußern, und damit möglicherweise für politische Rattenfänger in Krisensituationen zu gewinnen wären. Dass wir in Zeiten mit vielfachen Krisen leben, kann man ja nicht bestreiten.

Oft wird nur die Gefahr von rechts für die Demokratie gesehen, ist man da auf einem Auge blind?

Filzmaier: Jede Einstufung von Risiken einer Demokratie ist Prozess einer langen Geschichte. Und während in den osteuropäischen Ländern immer noch davor gewarnt wird, dass die kommunistische Partei zurück an

die Macht kommt, macht es in Österreich und in Deutschland viel mehr Sinn, vor der Gefahr zu warnen, dass die Rechtsextremen an die Macht kommen. Es gibt also nicht objektiv weltweit geltend eine Rangordnung von Gefahren für die Demokratie, sondern eine Abstufung, die von vielen Variablen abhängt, unter anderem eben auch von der jeweiligen Geschichte.

Was gefährdet die Demokratie mehr: das System oder die Person bzw. der Politiker?

Filzmaier: Beides. Es gibt eine Bringschuld jedes Einzelnen, im öffentlichen Raum – und sei es nur durch Diskussionen im Alltag – aktiv für die Demokratie zu sein. Das gilt für Privatpersonen und Politiker. Aber es gibt auch eine Bringschuld des Staates, beispielsweise durch politische Bildungsarbeit vielmehr als bisher für den Erhalt der Demokratie zu tun. Weil bei vielen möglichen Demokratiegefahren tatsächlich Bildung die Lösung wäre, allerdings ist dies nur eine Langzeitlösung. In der besten aller

In der besten aller Welten, also eine idealtypische Mediennutzungskompetenz vorausgesetzt, würden sich viele Fake News von selbst disqualifizieren, weil sie objektiv in ihrer Falschheit ziemlich dumm sind.

Welten, also eine idealtypische Mediennutzungskompetenz vorausgesetzt, würden sich viele Fake News von selbst disqualifizieren, weil sie objektiv in ihrer Falschheit ziemlich dumm sind. Aber wenn diese Bildung nicht genug intensiviert wurde und zum Beispiel nicht einmal die Kompetenz vorhanden

Ist der Mensch die Schwachstelle im demokratischen System?

Filzmaier: Ein großer Fehler ist, wenn der Einzelne glaubt, er könne seine Verpflichtung für Demokratie einfach nach oben weiter delegieren. So funktionieren Gemeinwesen nicht. Was die Macht betrifft, hat Max Weber diese als Chance definiert, auf einen Befehl Gehorsam zu finden, egal worauf diese Chance beruht. Der entscheidende Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Diktatur ist: In einer Diktatur beruht diese Chance auf Gewalt und Gewaltandrohung. Das ist

Stand heute ist die Demokratie nicht in ihrem Bestand bedroht, sehr wohl aber in ihrer Qualität.



ein Machtinteresse, das Politiker nie haben dürfen. Auch in einer Demokratie ist Macht notwendig und es ist ein legitimes Machtstreben der Politiker, Mehrheiten zu finden, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Nicht der Machtbegriff ist per se das Problem. Problematisch wird es dann, wenn der Politiker es im ureigensten Sinne nicht als demokratisch legitimierte Macht versteht. Das führt dann beispielsweise zum Suchen und Ausreizen von Schlupflöchern im Rechts- und Verfassungssystem. Lange Zeit waren etwa Vereinskonstruktionen als versteckte Form der Parteifinanzierung nicht strafbar, sogar der Mandatskauf eines Sitzes im Parlament wird erst jetzt so richtig unter Strafe gestellt.

Aber Politiker werden nicht gerne Gesetze zu ihren Ungunsten beschließen?

Filzmaier: Der juristische Rahmen ist zentraler Bestandteil jeder Demokratie, aber für deren Qualität nicht ausreichend. Man braucht auch einen gesellschaftlichen und ethischen Grundkonsens. Das gilt ja nicht nur bei Grauzonen von Machtmissbrauch, sondern für uns alle, etwa auch dann, wenn es um das Bezahlen von Steuern geht. Aber auch rein rechtlich haben wir festgestellt, dass die Grenzen ungenügend waren. So wurde der EU-Abgeordnete Ernst Strasser zu einer Haftstrafe verurteilt, weil er sich bereit erklärt hat, für das Einbringen von Gesetzesentwürfen im EU-Parlament bezahlt zu werden. Hätte er damals dasselbe Versprechen im Österreichischen Nationalrat gemacht, wäre er freizusprechen gewesen, weil es rechtlich noch nicht verboten war. Nur der unmittelbare Kauf des Abstimmungsverhaltens war strafbar gewesen. Mittlerweile ist diese Rechtslücke bereinigt. Gerade jetzt ist die Politik stolz auf ein noch nicht beschlossenes Anti-Korruptionsgesetz. Damit wird jemand bereits strafbar, der noch nicht Amtsträger ist bzw. nur Kandidat in einem Wahlkampf ist, aber bereits viel Geld bekommt, um im Falle, dass er später Kanzler oder Minister wird, die Wünsche des Geldgebers zu bedienen. Da würde man auch meinen, das müsste längst strafbar sein, ist es jedoch nach jetziger Rechtslage noch

Auch in einer Demokratie ist Macht notwendig und es ist ein legitimes Machtstreben der Politiker, Mehrheiten zu finden, um ihre Vorstellungen durchzusetzen.

nicht. Und generell gilt: Es ist zwar wichtig, diesen Rechtsrahmen enger zu definieren, man wird jedoch nie jede Lücke finden, sondern immer hinterherhinken. Es braucht daher auch den demokratiepolitischen Grundkonsens.

Was meinen Sie damit?

Filzmaier: Es ist manchmal ein Wettbewerb, nach neuen Grauzonen und Schlupflöchern zu suchen, wenn die alten Schlupflöcher gestopft werden. Das ist zum Beispiel bei der Politikfinanzierung lange Jahre ein solches Spielchen gewesen. In den USA gab in der Literatur einen politikwissenschaftlichen Klassiker dazu mit dem Titel „Eine Tasche voller Tricks und Schlupflöcher“, dessen Tricks sich zwar alle im legalen Bereich abgespielt haben, aber diesen demokratiepolitischen Grundkonsens verlassen. Der ist aber notwendig. Stellen Sie sich vor, wir würden unser Gespräch so führen, sodass jeder nach Ausdrücken sucht, die gerade haarscharf nicht klagbar sind. Das wäre auch kein ausreichender Konsens für unser Gespräch. Zum Beispiel könnte ich Sie dann laufend als „A... Armloch“ beschimpfen. Das Wort ist keine klagbare Beleidigung, erinnert aber vage an etwas anderes und wäre ein Armutszeugnis für die Qualität unseres Gesprächs. Genauso ist es auch in der Gesellschaft und in einer Demokratie traurig, wenn dieser Grundkonsens eines Miteinanders fehlt.

Der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission,

Jean-Claude Juncker, meinte: „Wir wissen grundsätzlich, was wir tun sollten, aber wir wissen nicht, ob wir wiedergewählt werden, wenn wir es tun.“ Ist das nicht ein Plädoyer gegen Wahlen?

Filzmaier: Nein. Ich halte Ihnen ein Zitat des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Walter Scheel entgegen: „Wir werden nicht gewählt, das Populäre

zu tun, sondern das Richtige!“ Und ich ergänze dazu: Wenn das Richtige nicht populär ist, darf man deswegen noch immer nicht das Falsche tun, sondern muss überzeugen, über das, was richtig ist. Grundsätzlich kann aber gesagt werden, dass zur Wirksamkeit des Populismus immer zwei gehören: der Populist auf der einen Seite und auf der anderen Seite seitens der Bevölkerung die allzu unkritische Aufnahme von scheinbar einfachen Lösungen zu komplexen Problemen. Teils wird mit unzulässigen Kausalzusammenhängen gearbeitet: Wenn wir morgen die Sanktionen gegen Russland beenden, haben wir übermorgen keine Teuerung mehr! Das klingt gut, so einfach funktionieren Weltwirtschaft und Währungspolitik aber nicht. Es gibt trotzdem zu viele, die diese Lösungen dankbar aufnehmen, ohne das kritisch zu hinterfragen.

Behindert die Wiederwahl des Politikers langfristige Lösungsstrategien?

Filzmaier: Ja, dem stimme ich zu, aber das darf umgekehrt nicht die Pauschal-

Zur Wirksamkeit des Populismus gehören immer zwei: der Populist auf der einen Seite und auf der anderen Seite seitens der Bevölkerung die allzu unkritische Aufnahme von scheinbar einfachen Lösungen zu komplexen Problemen.

ausrede von politischen Akteuren sein. Im Wahlkampf versucht man scheinbare Sofortlösungen zu präsentieren, die es für komplexe Probleme einfach nicht gibt. Vielleicht ist es nicht realistisch, die Erklärung einer komplizierten Problemlage zehn Tage vor dem Wahltag zu beginnen. Aber prinzipiell habe ich als Politiker ja bis zur nächsten Wahl fünf Jahre Zeit dafür. Ein Beispiel: Es ist unpopulär zu sagen, dass wir ein gesetzliches Pensionsalter haben und das auch gelten sollte. Die größte Wählergruppe sind die Pensionisten, also ist es vielleicht von einem Politiker zu viel verlangt, das Thema im Wahlkampf aufzugreifen. Aber wenn das Pensionsalter nicht steigt, dann zahlen wir für immer mehr Pensionsjahre, weil wir immer älter werden. Das ist nicht zwangsläufig unfinanzierbar, aber dann müsste man auch dazusagen, in welchen anderen Bereichen, wie etwa in der Bildungspolitik, das Geld weggenommen wird. Diese Diskussion müsste in der wahlkampffreien Zeit stattfinden, das passiert jedoch nicht oder jedenfalls zu wenig.

Also sind Wahlen kontraproduktiv für die Politik, weil der Politi-

Die Ausrede der Politiker lasse ich nicht gelten: „Ach, wir sind so arm, wir trauen uns im Wahlkampf nichts Unpopuläres zu sagen.“

Im Wahlkampf versucht man scheinbare Sofortlösungen zu präsentieren, die es für komplexe Probleme einfach nicht gibt.

ker dazu verdammt ist, populär zu agieren?

Filzmaier: Die Ausrede der Politiker lasse ich nicht gelten: „Ach, wir sind so arm, wir trauen uns im Wahlkampf nichts Unpopuläres zu sagen.“ Es gibt trotz Wahlen auf EU-, Bundes-, Landes- und Gemeindeebene immer wieder Zeitfenster von eineinhalb oder zwei Jahren ganz ohne Wahlen. Außerdem muss man im Einzelfall prüfen, ob das stimmt, wenn man sagt: „Da hat ein Politiker etwas Unpopuläres gemacht und daher hat er die Wahl verloren.“ Beispielsweise gibt es die Legende: Zur Zeit von Schüssel hat es unpopuläre Pensionsreformen gegeben und deshalb hat man Landtagswahlen verloren. Jedoch sind gerade die Bundesländer nicht für Pensionen zuständig. Die Erklärung, dass es einen Wechsel an der Spitze in Salzburg und Steiermark gab, weil die Pensionsreform so unpopulär gewesen wäre, ist also inhaltlich nicht ganz logisch. Angesichts dessen, was sich damals bei Schwarz-Blau in der Bundesregierung abgespielt hat – bis hin zu Knittelfeld –, halte ich diese Schlussfolgerung für eine frivole Vereinfachung.

Kann die Politik langfristige Krisen

aufgrund ihres Planungshorizonts nach Legislaturperioden lösen?

Filzmaier: Das Dilemma in der Politik – wie auch in der Gesellschaft – ist die Angst vor Veränderung. Oftmals machen Politiker daher Verände-

rungen nur halbherzig oder in langsam wirkenden Dosen für Dinge, die erst in dreißig Jahren wirksam werden. Obwohl man etwa beim Thema Klimaschutz weiß, das dauert zu lange. Das ist ein leidvoller Doppelpass zwischen Veränderungängsten in der Politik und Veränderungängsten in der Bevölkerung. Und dann wird es irgendwann zum Henne-Ei-Problem. Gibt es zuerst die mangelnde Bereitschaft der Politiker zur Veränderung oder sind unsere Ängste so groß, dass dann die Politiker zurückziehen?

Wie sicher steuert uns die Politik durch die Krisen?

Filzmaier: Die multiplen Krisen waren vorhersehbar. Niemand konnte den Ausbruch der Corona-Pandemie exakt im Detail vorhersagen. Aber es ist nahezu unheimlich, wenn man die zuvor erschienene sicherheitspolitische Jahresvorschau des Bundesministeriums für Landesverteidigung liest. Da ist erschütternd genau dargelegt

Das Dilemma in der Politik – wie auch in der Gesellschaft – ist die Angst vor Veränderung.

Schwächt man die Unabhängigkeit von Justiz und Medien, kommt es genauso zu einer Schwächung der Qualität von Demokratien.

worden, was im Fall einer Pandemie droht. Das Gleiche gilt für die Klimakrise. Da gibt es wahrlich genügend Studien. Man konnte den Tag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nicht punktgenau wissen, aber die Rolle Russlands als Aggressor war schon davor klar. Da ist das bereits erörterte Problem der Langzeitplanung, also die mangelnde Bereitschaft der Politik das Problem rechtzeitig anzusprechen, und nicht erst in einer Krisenatmosphäre. Es gab mangelndes Krisenmanagement und mangelnde Krisenkommunikation.

Haben wir nur Schönwetterpolitiker, die ihre Arbeit gut machen, wenn sowieso alles in Ordnung ist?

Filzmaier: Jein. Vor allem in Ländern mit hohem Wohlstandsniveau hat man eine Geschichte immer weitererzählt, die nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen hatte und die irgendwann einmal keinen Sinn mehr machte, und zwar: Wir tun als Politik alles, damit es uns allen immer besser geht. Das ist eine Geschichte, die zu Beginn des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg und beim Wirtschaftswunder in den 1960er- und 70er-Jahren sehr gut passte. Jedoch irgendwann, nachdem man ein hohes Wohlstandsniveau erreicht hat, hätte man diese Erzählung aus Sicht der Politik stoppen müssen. Diese Ewigspirale nach oben ist nicht fortsetzbar, wird aber immer weitererzählt, und das ist meine Kritik an der

Ich kann nicht pro und contra Rassismus diskutieren oder pro und contra Diktatur.

Politik. Es wird uns nicht schlecht gehen. Aber, dass es uns allen immer besser geht, ist keine taugliche Geschichte mehr.

Ist der Vormarsch der Autokratie eine Gefahr für die europäischen Demokratien?

Filzmaier: Die Abschaffung der Demokratie droht nicht. Aber sehr wohl ist die Qualität der Demokratie in Gefahr, siehe illiberale Demokratien, wie das Beispiel Ungarn zeigt. Selbstverständliche Elemente der Demokratie leiden und werden ausgehöhlt. Schwächt man die Unabhängigkeit von Justiz und Medien, kommt es genauso zu einer Schwächung der Qualität von Demokratien. Und zwar nicht nur bei den Nachbarn oder in Israel. Beim Korruptionsindex von Transparency International rutschen wir in Österreich stetig nach hinten.

Und was kann man dagegen tun?

Filzmaier: Die Antwort des Wissenschaftlers ist immer für den Politiker undankbar und lautet: Bildung, Bildung, Bildung! In diesem Fall also viel mehr politische Bildung einschließlich Medienbildung als Lösung. Der Haken dabei ist, und das macht diesen Lösungsweg für Politiker so unattraktiv, dass wir von einer Langzeitlösung sprechen, die erst in Jahrzehnten wirken würde. Es sind ja auch die jahrzehntelangen Versäumnisse in diesem Bereich erst gutzumachen. Doch letztlich muss es durch diese politische Bildung gegen antidemokratische Tendenzen einen Grundkonsens bei der Bevölkerung geben, bei allen unterschiedlichen politischen Meinungen. Ich kann nicht pro und contra Rassismus diskutieren oder pro und contra Diktatur. Da ist Bildung die Lösung und da wurde viel verabsäumt. Und das besser zu machen, das ist eine Aufgabe des Staates.

Monarchien oder Diktaturen transformierten häufig zu Demokratien. Umgekehrt sind die Fälle seltener, in denen sich Demokratien zu Autokratien

entwickelten. Sind wir auf der sicheren Seite?

Filzmaier: Dass aus Demokratien Diktaturen werden, das ist zum Glück seltener. Das betrifft oft auch Länder, die sehr kurzfristig hin- und hergewechselt haben, wobei es meistens eher nur der Versuch einer Demokratieeinführung war, bevor dann beispielsweise ein Militärputsch oder die vorübergehende Rückkehr eines alten Diktators stattgefunden hat. Die grundsätzliche Entwicklung hin zur Demokratie ist aber weltweit schon noch immer gegeben. Aber man darf das nicht als automatische Erfolgsgeschichte verstehen. Was etwa die Weimarer Republik im Deutschland der Zwischenkriegszeit betrifft, kann man daraus viele Lehren ziehen. Man kann nämlich sehr wohl aus der Geschichte lernen.

Welche Lehren denn?

Filzmaier: Das Spektrum der Lehren ist hier sehr breit, so haben Krisensituationen zum Beispiel in der Wirtschaft damals die Entwicklung zur Diktatur offenbar begünstigt. Genauso waren Zersplitterung und Blockaden in der Parteienlandschaft ein Faktor, der die Diktatur förderte. So gab es im Deutschen Reichstag keine Mindestprozentklauseln. Das hat zu einer klar zweistelligen Zahl an Parteien im Reichstag geführt, und zum Problem, dass sich Mehrheiten gegen etwas sehr leicht gefunden haben. Das führte sogar zur absurden Allianz von Nazis und Kommunisten gegen etwas. Aber um etwas positiv zu gestalten, fand sich dann gar keine Mehrheit. Die Stimmungslage, man brauche einen starken Mann, weil der Reichstag als entscheidungsunfähig galt, half beim Aufstieg Hitlers. Die Zunahme der Zahl der Demokratien im Langzeitverlauf sollte man also nicht als automatische Gerade nach oben sehen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Dass aus Demokratien Diktaturen werden, das ist zum Glück seltener.